



UNIVERSITÄTSSTADT TÜBINGEN

BEBAUUNGSPLAN „WALDHÄUSER-OST ZENTRUM“

GENEHMIGT MIT VERFÜGUNG

VOM 2.10.1979 NR. 1117/78

REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN

TÜBINGEN, DEN 2.10.1979



[Handwritten signature]

TÜBINGEN, DEN 16. MÄRZ 1979
BÜRGERMEISTERAMT

IV.

[Handwritten signature]

BÜRGERMEISTER

STADTPLANUNGSAMT

[Handwritten signature]

STADTBAUDIREKTOR

TIEFBAUAMT

[Handwritten signature]

STADTBAUDIREKTOR

STADTMESSUNGSAMT

[Handwritten signature]

STADTVERMESSUNGSDIREKTOR

Planungsrechtliche und bauordnungsrechtliche Festsetzungen

nach § 9 Abs. 1 Bundesbaugesetz (BBauG) in der Fassung vom 18. August 1976 und §§ 1-26 der Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung vom 15. September 1977 sowie § 111 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) in der Fassung vom 20. Juni 1972.

1. Art und Maß der baulichen Nutzung

§ 9 Abs. 1 Ziff. 1 BBauG

Die Flächen für den Gemeinbedarf sind entsprechend ihrer speziellen Nutzung differenziert festgelegt (siehe Planeintrag).

2. Bauweise

§ 9 Abs. 1 Ziff. 2 BBauG in Verbindung mit § 111 LBO.

Als besondere Bauweise (b) werden festgesetzt:

"b": offen, jedoch Hausgruppen bis zu einer Gesamtlänge von 60 m zulässig.

3. Höhenlage

§ 9 Abs. 2 BBauG und § 16 Abs. 3 BauNVO

In der ausgewiesenen Gemeinbedarfsfläche werden für Turnhalle, Grundschule und Kindergarten die maximal zulässigen Erdgeschoßfußbodenhöhen sowie die maximal zulässigen Gebäudehöhen festgesetzt. Technische Aufbauten sind bis maximal 0,5 m über festgesetzter Gebäudehöhe (= Oberkante-Gesims Flachdach) zulässig.

4. Gehrechte

§ 9 Abs. 1 Ziff. 21 BBauG

Zur Ergänzung des öffentlichen Wegenetzes wird ein Gehrecht (gr) für die Allgemeinheit festgelegt. Das Recht ist grundbuchrechtlich zu sichern.

5. Pflanzgebote

§ 9 Abs. 1 Ziff. 25 BBauG

Zur Sicherung der Begrünung der öffentlichen Gemeinbedarfsfläche für Grundschule, Turnhalle und Kindergarten werden Gebote zur Anpflanzung von Baum- und Buschgruppen festgesetzt.

6. Lärmschutz

§ 9 Abs. 1 Ziff. 24 BBauG

Zum Schutz der Wohnbebauung vor Lärmimmissionen aus dem Schul- und Turnhallenbereich sowie aus dem Kindergartenbereich werden im Bebauungsplan bepflanzte Lärmschutzwälle festgelegt; zum Schutz vor Lärmimmissionen von Autos und Mopeds aus dem Bereich der Stellplätze wird eine Lärmschutzwand festgelegt (siehe Planeintrag).

Hinweis:

Die Schulturnhalle dient vorwiegend den Belangen des Schulsports; darüber hinaus organisierten Sportvereinen und sonstigen Benutzergruppen zur Ausübung sportlicher Tätigkeit.

VERFAHRENSVERMERKE:

1. AUFSTELLUNGSBESCHLUSS:

Die Aufstellung des Bebauungsplanes wurde am gemäß § 2 Abs. (1) Bundesbaugesetz (BBauG) in der Fassung vom 18.8.1976 (BGBl. S. 2221) vom Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen am 24. APRIL 1978 beschlossen und am 5. MAI 1978 öffentlich bekanntgemacht.

2. BÜRGERBETEILIGUNG

Die Bürgerbeteiligung erfolgte gem. § 2a Abs. 1 BBauG am 8. MAI 1978 bzw. in der Zeit vom 9. MAI 1978 bis 23. MAI 1978

3. AUSLEGUNGSBESCHLUSS:

Der Gemeinderat hat am 26. MÄRZ 1979 den Bebauungsplan als Entwurf und dessen öffentliche Auslegung beschlossen.

4. ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG:

Der Bebauungsplanentwurf mit Begründung hat vom 18. JUNI 1979 bis 18. JULI 1979 in Tübingen öffentlich ausgelegen.

5. SATZUNGSBESCHLUSS:

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BBauG vom Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen am 23. JULI 1979 als Satzung beschlossen.

6. GENEHMIGUNG:

Der Bebauungsplan wurde durch Erlaß des Reg. Präs. Tübingen gemäß § 11 BBauG am 2. OKTOBER 1979 mit Erlaß Nr. 1117 / 78 genehmigt.

7. INKRAFTTRETEN:

Die Genehmigung des Bebauungsplanes wurde am 16. OKTOBER 1979 gemäß § 12 BBauG ortsüblich bekannt gemacht. Mit dieser Bekanntmachung wurde der Bebauungsplan rechtsverbindlich.

Tübinger Höhen

Bei den Höhenangaben im zeichnerischen Teil des Bebauungsplans handelt es sich um Angaben im Tübinger Höhensystem.